

Bericht aus Berlin



CDU
Armin Schuster

Gemeinsamer Kampf gegen den Terror

Neues Anti-Terror-Gesetz im Bundestag

Die Festnahme der drei mutmaßlichen IS-Terroristen in der letzten Woche hat unsere Annahme leider wieder bestätigt: Auch Deutschland steht weiterhin im Fokus des internationalen Terrorismus. Mit den seit dem 11. September 2001 verabschiedeten Anti-Terror-Gesetzen und der Personalaufstockung bei den Sicherheitsbehörden der letzten Jahre haben wir schon einiges für die Sicherheit erreicht. Davon konnte ich mir in dieser Woche beim Besuch der neuen Bundespolizeieinheit „BFE+“ ein Bild aus erster Hand machen. Diesen Weg setzen wir auch weiter konsequent fort, in dieser Woche mit der ersten Lesung des neuen Gesetzes zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Auch Terroristen machen sich die zunehmende Globalisierung zunutze und reisen über Staatsgrenzen hinweg. Sowohl die jetzt festgenommenen Terroristen als auch zum Beispiel die Brüssel-Attentäter haben Reisen quer durch Europa unternommen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass auch die Nachrichtendienste miteinander kooperieren können, um diese Reisebewegungen frühzeitig zu erkennen und gesammelte Informationen schnell weiterzugeben. Diesen Ansatz verfolgen wir mit dem neuen Gesetz, der dem Bundesamt für Verfassungsschutz die Möglichkeit gibt, mit anderen ausländischen Nachrichtendiensten gemeinsame Dateien zur Terrorabwehr zu führen und Daten auszutauschen. Außerdem verbessern wir die Möglichkeiten des BKA, gegen Schleuserkriminalität vorzugehen und gehen gegen die anonyme Nutzung von Pre-Paid-Simkarten vor, die ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt.



Das Schloss Bellevue sucht einen neuen Hausherrn. Die Wahl zum neuen Bundespräsidenten findet am 12. Februar 2017 statt. (Bild: Wladyslaw Sojka/www.sojka.photo)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Joachim Gauck hat in dieser Woche seinen Verzicht auf eine zweite Amtszeit als Bundespräsident erklärt. Ich kann die Entscheidung sehr gut nachvollziehen, auch wenn ich eine weitere Amtszeit begrüßt hätte. Wer sich seit über 30 Jahren, zunächst für den demokratischen Wandel in der ehemaligen DDR, später als Beauftragter für die Stasi-Unterlagen mit dem Erbe der SED-Diktatur und schlussendlich als höchster Mann im Staat in den Dienst der Gesellschaft stellt, hat seinen Ruhestand allerdings auch redlich verdient. Dem Amt und seiner Person angemessen ist die ausufernde Diskussion um einen potenziellen Nachfolger oder eine potenzielle Nachfolgerin aber aus meiner Sicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht, weshalb ich mich an keiner Spekulation über mögliche Wahlbündnisse und Kandidaten beteilige. Ich wünsche mir wieder einen politisch unabhängigen, souveränen und ausdrucksstarken Bundespräsidenten oder eine Bundespräsidentin.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Armin Schuster

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag für den
Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227-71005
Fax: 030 227-76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 4258033
Fax: 07621 4258035
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Bericht aus Berlin vom 10.06.2016

Armenien-Resolution

Erdogans Aussagen sind nicht hinnehmbar

In der letzten Woche hat der Bundestag fast einstimmig eine Resolution beschlossen, die die Vertreibung und Massaker des Osmanischen Reiches an der armenischen Volksgruppe im Jahr 1915 als Völkermord bezeichnet. Auch die Verantwortung des Deutschen Reiches, welches damals trotz guter Verbindungen in die Türkei das Massaker nicht verhindert hatte, wurde deutlich formuliert. Dass nun der türkische Präsident Erdogan den Deutschen Bundestag attackiert und als verlängerten Arm der PKK bezeichnet, türkischstämmige Abgeordnete im Vorfeld der Abstimmung eingeschüchtert und Morddrohungen ausgesprochen werden, ist mit aller Deutlichkeit zu verurteilen. Die türkische Regierung und führende Politiker zeigen damit, dass sie nicht in der Lage sind, eine demokratisch getroffene Entscheidung eines demokratisch gewählten Parlaments zu akzeptieren. Das ist eine verhängnisvolle Entwicklung, weshalb ich nachdrücklich fordere, die Verhandlungen über Visaliberalisierungen und den EU-Beitritt für die Türkei vorerst auf Eis zu legen.

Verhandlungen über Visafreiheit

Sicherheit hat Priorität

Nicht nur die Türkei steht momentan im Fokus der Debatte um Visaerleichterungen. Auch Georgien befindet sich in Verhandlungen mit der EU-Kommission über weitgehende Visafreiheiten. Georgien hat in den letzten Jahren zwar große Fortschritte bei der Verbrechensbekämpfung erzielt und den von der EU geforderten Aktionsplan umgesetzt. Doch darf das alles nicht darüber hinwegtäuschen, dass insbesondere in der organisierten Einbruchs- und Diebstahlskriminalität die Täter georgischer Abstammung überproportional repräsentiert sind und derzeit laut BKA ein Großteil der Einbrüche in Deutschland der georgischen Mafia zuzurechnen sind. Ich habe mich deshalb auch öffentlich gegen eine Visaliberalisierung zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Freie Reisemöglichkeiten würden die Kriminalitätslage nur verfestigen. Deshalb wurde die Entscheidung zur Visaliberalisierung Georgiens auf EU-Ebene am Donnerstag auf den Sommer vertagt.



Die Schillerschule Rheinfelden zu Besuch im Bundestag. Mit ihrem Projekt "LeuchtFeuer" war die Schule auf Einladung von Bundespräsident Joachim Gauck im Schloss Bellevue zur Eröffnung der "Woche der Umwelt" zu Gast. Das seit 10 Jahren bestehende Projekt verbindet die Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler in Umwelt- und Energiefragen mit der Eigenstärkentwicklung der Jugendlichen. Ein tolles Projekt aus unserer Region, welches zu Recht schon mehrfach ausgezeichnet wurde!

+++++++Kurz berichtet+++++++

Sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat

Am nächsten Freitag steht die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten um die nordafrikanischen Maghreb-Staaten auf der Tagesordnung des Bundesrats. Wenn man den aktuellen Meldungen Glauben schenken darf, dann droht diese wichtige Regelung am Widerstand der grünen mitregierten Bundesländer zu scheitern. Passen würde es zum Abstimmungsverhalten der Grünen – sie haben in den letzten Jahren gegen jedes sicherheitsrelevante Gesetz gestimmt. Die Einstufung der drei Maghreb-Staaten ist aber notwendig, da besonders aus diesen Ländern die Anerkennungsquote von Asylanträgen extrem niedrig ist, gleichzeitig kamen allein im letzten Jahr über 26.000 Asylbewerber nach Deutschland. Darüber hinaus ist gerade die Kriminalitätsbelastung bei Angehörigen dieser Staaten besonders hoch. Die Einstufung muss deshalb erfolgen, Sicherheit ist für uns in der Union – grüne-schwarze Koalitionsgedanken hin oder her – nicht verhandelbar.

Rede im Bundestag

Am heutigen Freitag hat Armin Schuster im Bundestag eine Rede zum Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, einen Bundespolizeibeauftragten auf Bundesebene einzurichten, gehalten. In seiner Rede verwies er darauf, dass die Einrichtung einer solchen Stelle bislang noch nicht nötig sei. Die polizeiinternen Strukturen reichten aus, um eine adäquate Behandlung von Beschwerden zu gewährleisten. Die Rede ist hier abrufbar: bundestag.de

Berufsbildungsbericht 2016

In dieser Woche wurde der Berufsbildungsbericht 2016 vorgestellt. Der Bericht zeichnet insgesamt ein gutes Bild der beruflichen Bildung in Deutschland. So wurden auch in diesem Jahr mehr als 500.000 neue betriebliche Ausbildungsverträge geschlossen. Gleichzeitig blieben allerdings auch 41.000 Stellen unbesetzt und 20.000 Jugendliche ohne Ausbildungsstelle. Der Bericht verweist daher darauf, dass es Probleme bei Kenntnisstand und Vorbildung zwischen den jugendlichen Schulabgängern und dem Ausbildungsangebot gibt. Daher sollten wir schnell daran arbeiten, dass dieses Passungsproblem angegangen wird. Dazu gehört auch, unser gutes duales Ausbildungssystem weiter zu fördern und den Fokus nicht nur auf Studium und Universität